



S K-Gutachter in Haft - Anlageskandal bringt Bundesregierung unter Druck

S
K-Gutachter in Haft - Anlageskandal bringt Bundesregierung unter Druck
 Immobiliengutachter unter den verhafteten Hauptverdächtigen Auswirkungen auf laufende Verhandlungen zum AnlegerschutzgesetzDer Anlageskandal um die Frankfurter Immobiliengruppe S
K bringt nun auch die Bundesregierung unter Druck. Unter den Hauptverdächtigen, die bei der Großrazzia gegen die Gruppe am vergangenen Dienstag verhaftet wurden, befindet sich nach Informationen von manager magazin online neben vier Männern aus der Kapitalanlagebranche und einem Frankfurter Rechtsanwalt auch der Architekt Bernd Z. aus Frankfurt. Z. war einer der wichtigsten Immobilienwertgutachter für die S
K-Gruppe und half nach Recherchen von manager magazin online offenbar dabei, den Wert des Immobilienbestandes des Unternehmens künstlich aufzublähen.
Damit gerät die Bundesregierung in der aktuellen Debatte um die Umsetzung der Brüsseler AIFM-Richtlinie unter Druck, mit der ein Großteil des Fondsmarktes europaweit neu reguliert werden soll. Der Gesetzentwurf zum deutschen AIFM-Gesetz wird gegenwärtig diskutiert. Ein Streitpunkt ist die Rolle der Wertgutachter in offenen und geschlossenen Immobilienfonds. Das Finanzministerium plant eine Aufweichung bestehender Regeln. So soll etwa die Pflicht offener Immobilienfonds, einen dreiköpfigen Sachverständigenausschuss einzusetzen, künftig entfallen. Möglich wäre dann, dass Immobilienfonds ihre Bestände nur noch von einzelnen Gutachtern bewerten lassen - wie es bei S
K der Fall war.
Experten wie Steffen Sebastian, Professor an der Uni Regensburg, sowie der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und der Sachverständigenverband BIIIS kritisieren das Vorhaben der Bundesregierung scharf. Auch der Bundesrat sowie die Opposition im Bundestag stellen sich dagegen. Bei einer Lesung am Donnerstag im Bundestag wies der Abgeordnete Carsten Sieling (SPD) explizit auf den Zusammenhang zwischen der Bewertungsproblematik in Immobilienfonds und dem Anlageskandal S
K hin.
Das deutsche AIFM-Gesetz wird im März im Finanzausschuss verhandelt und soll im Sommer verabschiedet werden.

Ansprechpartner für Rückfragen: Christoph Rottwilm
Telefon: 040 38080-253
E-Mail: christoph_rottwilm@manager-magazin.de
manager magazin
Kommunikation
Stefanie Jockers
Telefon: 040 3007-3036
E-Mail: stefanie_jockers@manager-magazin.de

Pressekontakt

manager magazin Verlagsgesellschaft

20457 Hamburg

christoph_rottwilm@manager-magazin.de

Firmenkontakt

manager magazin Verlagsgesellschaft

20457 Hamburg

christoph_rottwilm@manager-magazin.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage